

„Menschen im Wasser muss man retten“

Hans-Eckhard Sommer, Chef des **BAMF**, will verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt in die Boote der Schlepper steigen.

Deshalb schlägt er eine Schutzzone in Libyen vor, wo Asyl beantragt werden kann. VON DIETER SCHWAB

NÜRNBERG. Er gilt als „harter Hund“, und spielt auch noch mit diesem Klischee: „In meiner Zuständigkeit gilt man ja schon als harter Hund, wenn man das geltende Recht korrekt durchsetzen will“. Das jedenfalls ist das erklärte Ziel von Hans-Eckhard Sommer, seit gut einem Jahr Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Und er fügt an: „Ich habe das noch keinen einzigen Tag bereut.“

Zu der Aufgabe war er gekommen, weil Innenminister Horst Seehofer Vorgängerin Jutta Cordt gefeuert hatte – in der Bremer Außenstelle, so der Verdacht, sollten massenweise Bescheide bewusst rechtswidrig zugunsten von Flüchtlingen manipuliert worden sein. So war es nicht, gibt jetzt Schmidt im Nürnberger Presseclub zu verstehen: Bewusste

Fehlentscheidungen gab es nur in kleinem Umfang. Konkrete Zahlen allerdings nennt er nicht.

Das Amt, während der Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 vollkommen überlastet, ist in ein ruhiges Fahrwasser gekommen. Drei Monate dauert es derzeit im Durchschnitt, bis über einen Asylantrag entschieden ist. Das liegt einerseits daran, dass die Behörde jetzt 8200 Stellen hat – „das reicht auch“, kommentiert Schmidt. Viele davon sind allerdings nicht besetzt; allein in Nürnberg arbeiten 2000 Menschen, 1000 werden noch gesucht.

Weniger Flüchtlinge

Andererseits ist die Zahl der Asylbewerber gesunken, in diesem Jahr bis einschließlich Mai auf 13 000 pro Monat, im Juni waren es sogar ledig-



Bamf-Chef Hans-Eckhard Sommer.

Foto: Ralf Rüdiger

lich 8300. Die meisten dieser Menschen kommen aus Syrien, Irak oder Nigeria, die Türkei liegt wegen der politischen Situation dort bereits auf Rang vier. Die Anerkennungsquote beträgt 36 Prozent. Die Abgelehnten klagen meist, und 15 Prozent dieser

Bescheide werden wieder aufgehoben. Das ist ein Wert, mit dem Schmidt leben kann: Denn es entscheiden Einzelrichter mit unterschiedlichen Rechtsauffassungen. Vor seiner Zeit waren es 22 Prozent.

Wer aber auch vor Gericht gescheitert ist, soll das Land auch verlassen – entweder freiwillig, motiviert durch eine Geldprämie. Oder durch Zwang, im Rahmen einer Abschiebung. Schmidt plädiert durchaus für mehr Abschiebehaft. Denn der Mensch, der zurück muss, soll am Tag X auch „zur Verfügung stehen“, wie Schmidt es formuliert. Denn der Vorlauf ist oft mehrere Monate lang: Koordination mit dem Zielland, eventuell ein Flugzeug chartern und Beamte zur Begleitung finden. Eine bestimmte Quote muss dabei erreicht werden – dann steigt erfah-

rungsgemäß die Zahl derjenigen, die freiwillig ausreisen.

Und was ist mit den Flüchtlingen, die übers Mittelmeer reisen und in Seenot geraten? Da macht Schmidt eine klare Ansage: „Menschen, die im Wasser treiben, muss man retten.“ Sein Ziel: „Wir müssen verhindern, dass sich diese Menschen überhaupt in die Boote setzen. Die Schlepper sind Verbrecher.“

Deshalb schwebt ihm eine Schutzzone in Libyen vor, unter der Führung einer internationalen Einrichtung. Dort können die Migranten ihren Asylantrag stellen; allerdings liegt bei Menschen aus Nordafrika die Anerkennungsquote bei unter zehn Prozent. Alle anderen müssen dann wieder zurück – das Recht, auf das Sommer so viel Wert legt, will er auch hier konsequent durchsetzen.